

Das Sozialverhalten der Bürger droht immer stärker überwacht und reglementiert zu werden

Die Gesundheitspolizei ist überall

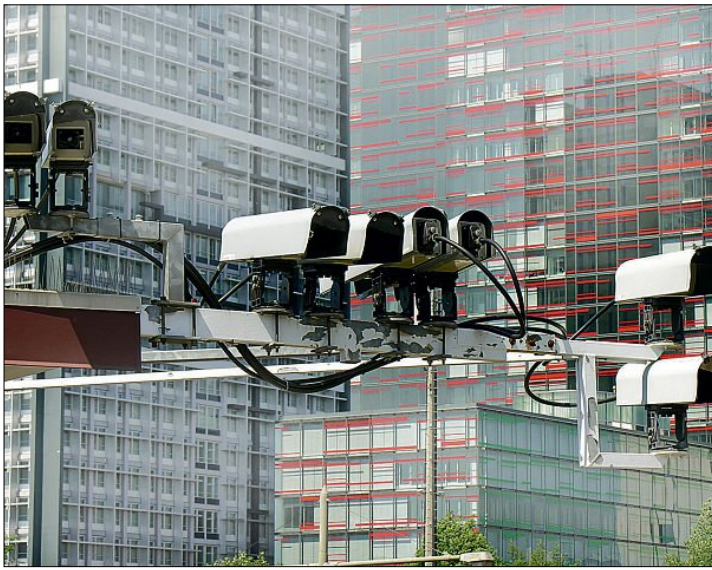
Wenn das der Gesundheitsminister liest: In einem Szenario für das Jahr 2021 überträgt die Waage im Bad das gemessene Gewicht direkt an die Krankenkasse. Und der „Nike-Google-Fitness-Manager“ registriert jede sportliche Bewegung – wer nur auf der Couch liegt, muss mit einem höheren Tarif rechnen.

Dieses Schreckensbild einer durchdigitalisierten Gesellschaft malen Constanze Kurz und Frank Rieger in ihrem neu erschienenen Buch *Die Datenfresser*. In ihrer Vision für 2021 erfassen Kameras und Gesichtserkennung jeden Schritt und verknüpfen die Daten zusammen mit den im Internet aufgezeichneten Spuren zu umfassenden Persönlichkeitsprofilen.

Warnung vor Web-Portalen

So weit ist es heute noch nicht. Aber Ansätze sind zumindest vorstellbar. „Profile sind nützlich, um uns gezielt zum Kauf von mehr nutzlosem Tand oder interessanten Büchern zu verleiten, uns effizienter zu verwalten und dazu, zukünftiges Verhalten zu prognostizieren“, schreiben die beiden Autoren. Sie machen sich im Chaos Computer Club (CCC) seit Jahren Gedanken über die gesellschaftlichen Folgen digitaler Technik.

Ihre Sorge gilt vor allem dem Geschäftsmodell von Internet-Unternehmen wie Google und Facebook, das darauf beruht, persönliche Daten ihrer Nutzer so aufzubereiten, dass Werbekunden ihre gewünschte Zielgruppe an-



Schon heute ist der öffentliche Raum von Überwachungskameras dominiert.

FOTO BILDERBOX

sprechen können. Wie sich der Appetit solcher „Datenfresser“ entwickelt, beschreibt das Buch in einem weiteren Szenario, das in der Gegenwart spielt. Hier sammeln ein Online-Netzwerk für Haustierhalter möglichst viele Nutzerdaten und stellt sie nicht nur der Werbewirtschaft oder Herstellern von Haustierbedarf zur

Verfügung, sondern bei Bedarf auch den Behörden.

Schließlich wird das kleine Startup-Unternehmen verkauft und mit der Konkurrenz zusammengelegt – dabei interessiert sich der Käufer nicht für das mühsam gestaltete Web-Portal, sondern allein für die Nutzerdaten. Scharf kritisiert wird von den Autoren

die unter dem Schlagwort „Post-Privacy“ entstandene Strömung, die den Schutz der Privatsphäre in der Internet-Gesellschaft für überholt erklärt. Wegen der Verflechtung von Informationen im Netz könne der Umgang mit Anhängern dieser Richtung, so meinen Kurz und Rieger, „im Ernstfall ähnlich riskant sein wie intimer

Umgang mit habituellen Safe-Sex-Verweigerern“.

Neben Unternehmen sind auch staatliche Behörden am Zugriff auf Nutzerdaten interessiert, wie die Autoren anhand der weiter andauernden Debatte zur Vorratsdatenspeicherung und der Einführung biometrischer Daten auf Ausweisdokumenten ausführen. Constanze Kurz und Frank Rieger warnen, dass „die Datenwährung, mit der wir faktisch für all die kostenlosen Internetdienste und auch für das Versprechen von mehr staatlicher Sicherheit bezahlen, uns später noch viel teurer zu stehen kommt, als wir momentan annehmen“. Sie raten daher zu einer „ganz privaten Balance zwischen den Interessen des Individuums und den Möglichkeiten einer vernetzten Welt“.

Öko-Extremisten

Im Szenario 2021 tauchen Hacker und Öko-Extremisten auf, die ihre eigenen Wege gefunden haben, sich der digitalen Rundumerfassung zu entziehen. Eine Möglichkeit: Die Wege in der Stadt mit dem Fahrrad zurücklegen und dabei Handy und Bewegungsmesser ausschalten.

Aber auch schon jetzt ist ein bewusster Umgang mit den eigenen Daten angebracht. Zur Gegenwehr gegen die „Datenfresser“ empfehlen Kurz und Rieger unter anderem genau zu prüfen, welche Informationen für die Nutzung einer Internet-Dienstleistung wirklich erforderlich sind, bei nicht

unbedingt erforderlichen Feldern eines Online-Formulars Phantasiedaten einzutragen, ein Pseudonym anstelle des wirklichen Namens zu verwenden, sich mehrere solcher Identitäten zuzulegen, in sozialen Netzwerken die Einstellungen zur Privatsphäre restriktiv zu gestalten, Daten von Freunden nicht ohne deren Einverständnis weiterzugeben und bei Internet-Unternehmen Auskunft über die zur eigenen Person gespeicherten Daten zu beantragen.

Dem kritischen Blick der Autoren fällt streckenweise die differenzierte Betrachtung zum Opfer. Das Netz erscheint hier nur noch als „Spielwiese vielfältiger kommerzieller Anbieter“, das „mit jedem Jahr mehr zum bloßen Wirtschaftsraum degradiert“. Die Chancen, die das Netz bietet, um gemeinsam gesellschaftliche Antworten auf Datenmissbrauch zu finden, werden in diesem Manifest kaum sichtbar. „Wir haben versucht, die Technologien und ihre Risiken und Unwägbarkeiten konkret und für jeden verständlich darzustellen, indem wir auch die Motivation und Interessenslagen hinter der neuen digitalen Datensammelwut beleuchten“, antwortet Constanze Kurz auf die Frage nach der Zielsetzung der „Datenfresser“. Die Gesellschaft stehe vor der Herausforderung, neue soziale Konventionen, Spielregeln und Umgangsformen für die digitale Datenwelt zu finden. „Das Buch fordert daher auch nicht zum Netz-Eremitentum auf, sondern versucht, Wege aufzuzeigen, wie man aktiv zu seiner eigenen digitalen Zukunft finden kann.“ > PETER ZSCHUNKE, DPA

Online-Netzwerk legt sein Rechenzentrum offen

Facebook öffnet seine Pforten

Die Rechenzentren sind meist ein gut behütetes Geheimnis großer Internet-Unternehmen – Facebook geht nun einen anderen Weg. Das weltgrößte Online-Netzwerk will alle Informationen zu seinem neuen US-Rechenzentrum offenlegen: Computer-Aufbau, Stromversorgung, Gebäude-Planung. Mit dem „Open Compute Project“ sollen auch andere Unternehmen von den Fortschritten des Online-Netzwerks profitieren, sagte Facebook-Gründer Mark Zuckerberg vor Vorstellung der Initiative.

Rechenzentren sind sozusagen der Maschinenraum des Internets. Umweltschützer kritisieren sie für ihren hohen Stromverbrauch, der auch auf die Kühlung der sonst heiß laufenden Computer zurückgeht. Facebook gibt an, bei seinem neuen Rechenzentrum in Prineville

le im US-Staat Oregon neue Effizienz-Marken gesetzt zu haben. Die Server-Farm sei 38 Prozent energieeffizienter und fast ein Viertel günstiger zu betreiben als aktuell gängige Anlagen. Partner bei der Facebook-Initiative sind auch die Chiphersteller Intel und AMD sowie die Computerbauer Hewlett-Packard und Dell. Facebook mit seinen rund 600 Millionen Mitgliedern hat inzwischen gewaltige Datenmengen umzuschlagen.

Wettbewerbsvorteil

In den vergangenen Jahren habe das Online-Netzwerk die Server-Kapazitäten bei anderen Anbietern gemietet – und das sei unflexibel gewesen, sagte Technik-Chef Jona-

than Heiliger. „Es war wie mit meinem ersten Vermieter, der sagte, ich könne die Wände in jeder Farbe streichen, solange es weiß sei.“

Mit der ungewöhnlichen Initiative wolle man den größten Ausgabenposten im Online-Geschäft demystifizieren, sagte Heiliger. Kleinere Unternehmen betreiben allerdings ohnehin keine eigenen Server-Farmen, sondern mieten sich eher Kapazitäten bei Cloud-Computing-Anbietern wie dem Online-Händler Amazon.

Die Fortschritte beim Betrieb der Rechenzentren gelten in der Branche als Wettbewerbsvorteil und werden von großen Playern wie Google oder Amazon auch entsprechend behandelt. Viel Spekulationen gab es auch um ein riesiges Rechenzentrum, das Apple im Frühjahr in Betrieb nehmen will. > DPA

Glücksspiel-Staatsvertrag schreckt Netz-Aktivisten auf

Warnung vor „Zensur“

Internet-Aktivistinnen warnen vor möglichen Netzsperrungen als Folge des geplanten Glücksspiel-Staatsvertrags. Sie leiten das aus einem aktuellen Text des Gesetzentwurfs ab, der auch der dpa vorliegt. Eine Passage des Entwurfs lasse die Möglichkeit zu, den Zugang zu einigen Glücksspiel-Angeboten im Netz zu kappen, argumentierten unter anderem der Chaos Computer Club (CCC) und der Internet-Rechts-Experte Udo Vetter. Die Bundesregierung hatte erst vor kurzem eine Absage an Netzsperrungen im Kampf gegen Kinderpornografie erteilt. Internet-Aktivistinnen liefen seit Jahren dagegen Sturm, mit dem Argument, dadurch werde eine Infrastruktur für Zensur geschaffen. Außerdem könnten Sperren relativ leicht umgangen werden.

Die kritisierte Stelle in dem Entwurf von Anfang April (Paragraph 9) lautet wie folgt: „Die zuständige Behörde des jeweiligen Landes kann... Diensteanbietern im Sinne

des Telemediengesetzes, insbesondere Zugangsprovidern und Registrierten, nach vorheriger Bekanntgabe unerlaubter Glücksspielangebote die Mitwirkung am Zugang zu den unerlaubten Glücksspielangeboten untersagen. Das Grundrecht des Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt. Hierdurch sind Telekommunikationsvorgänge im Sinne des Paragraph 88 Abs. 3 Satz 3 des Telekommunikationsgesetzes betroffen.“ Für Vetter, der ein anerkannter Fachmann in Sachen Internet-Recht ist, folgt daraus: „Tritt diese Regelung in Kraft, erhalten Behörden erstmals in Deutschland die Möglichkeit, missliebige Seiten durch bloßen Anweisung an die Provider aus dem deutschen Internet verschwinden zu lassen.“ Entsprechend harsch fiel die Reaktion der Internet-Aktivistinnen aus. „Wir erleben hier einen weiteren Versuch, eine Zensur-Infrastruktur in Deutschland aufzubauen.“ > DPA

Computerfirma und VG Wort streiten vor Bundesgerichtshof

Im Streit um Urheberrechtsvergütungen für PCs vor dem Bundesgerichtshof ist kein schnelles Ende zu erwarten. Der BGH erwäge, die Frage dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) vorzulegen. Die Wertungsgesellschaft Wort streitet sich mit einem Computerhersteller, ob für die Zeit vor 2008 Vergütungen für Computer bezahlt werden müssen. Der BGH will am 21. Juli eine Entscheidung verkünden. Die VG Wort verlangt für in Deutschland seit 2001 bis Ende 2007 vertriebene PCs eine Vergütung von 30 Euro pro Gerät. Damit sollen die Urheber für die Anfertigung privater Kopien entschädigt werden. Umstritten ist, ob eine solche Abgabe auch nach der Ende 2007 geltenden alten Fassung des Urheberrechtsgesetzes bezahlt werden muss. Der BGH hatte die Klage der VG Wort 2008 zunächst abgewiesen; das Bundesverfassungsgericht hatte die Entscheidung wieder aufgehoben. > DPA

AKDB
Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

Nicoletta Bauer
Zentrales und
Strategisches Marketing
der AKDB

PAPIER

**eAkten:
Weniger Papier – mehr Möglichkeiten!**

Dokumente bestimmen sehr viele Verwaltungsabläufe in Kommunen. Die dabei anfallende Papierflut wird laufend bearbeitet, abgelegt, aussortiert und weitergeleitet – Briefe, Berichte, Mails, Bescheide, Daten usw. Nutzen Sie die Vorteile der elektronischen Aktenführung: Sparen Sie sich das aufwendige Suchen benötigter Akten, legen Sie Dokumente revisionssicher ab und machen Sie Ihre Sachbearbeitung so noch effizienter. Alle eAkten sind mit den Fachverfahren der AKDB eng verzahnt.

Die Wirtschaftlichkeit des Einsatzes elektronischer Akten in Verbindung mit einem Dokumentenmanagementsystem ist bewiesen: Nach einer Studie des Fraunhofer-Instituts sind bei Raumbedarf und Sachkosten Einsparungen von bis zu 80 % möglich.

Informieren Sie sich unter www.akdb.de

OK EGOV

Software, die dem Menschen dient!